

Zigeuner, die letzten Prügelknaben?

Auch diejenigen Minderheiten, die am Rande unserer seßhaften Gesellschaft oder ganz und gar außerhalb von ihr ein meist bescheidenes Dasein fristen, müssen in ihren Freiheitserwartungen eher geduldet oder gar gefördert als eingeschränkt werden.

Während Rosch Krieps im einleitenden Beitrag die europa- wenn nicht weltweiten Wanderungsbewegungen analysiert und die westeuropäischen Vorbereitungen skeptisch beurteilt hat, geht er im folgenden auf die innereuropäischen Nomadenvölker ein, deren Ausgrenzung in bestimmten Ländern wie Deutschland und Luxemburg leider Tradition hat und daher keiner zusätzlichen Grenzhindernisse bedarf.

Ein europäischer Nomadenpaß?

Die Lappen im hohen Norden zogen bisher unbehelligt und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen durch die weiten Steppengebiete und Tundren, immer nur den Weideflächen ihrer Rentierherden nach. Ihr Nomadisieren dürfte auch in einem friedlicheren, zwischen Ost und West weniger scharf als bisher abgegrenzten Europa kaum zu Problemen Anlaß bieten, es sei denn, die nunmehr angesagte Abschottung der skandinavischen Länder gegen russische "Eindringlinge" würde auch die nomadisierenden Lappen in ihrer Freizügigkeit einschränken.

Viel akuter stellt sich die Nomadenfrage in bezug auf die Roma und Sinti und andere, weniger bekannte Zigeunervölker Europas. Viele ihrer Stämme, dezimiert durch die Naziverfolgung, ziehen wie seit Jahrhunderten wenig behindert durch fast alle Länder und auch in Uebersee. Andere setzen sich in aufnahmebereiten Ländern fest und gehen ihren vielgestaltigen und viel verkannten, meist marginalen Beschäftigungen nach.

Die meisten Staaten räumen ihnen im Rahmen der für alle Menschen gültigen Gesetze minimale Duldungsrechte ein, in der Regel allerdings noch weniger Rechte, als ihren seßhaften Minderheitsgruppen, etwa den Fremdarbeitern. Zigeuner werden oft viel rücksichtsloser diskriminiert, als diese.

Auffallend ist diesbezüglich die erstaunliche Liberalität der sonst recht fremdenängstlichen Schweiz, wo zeitweilige Zigeunerlager nicht selten dicht am Rande großer Städte geduldet werden (wie überhaupt die Schweiz auch andern "Fahrenden" gegenüber duldsam ist und sich z.B. eine große Zirkustradition bewahrt hat, mit vielen kleinen Familienunternehmen, die jahraus jahrein durch die Kantone ziehen).

Auch Frankreich bemüht sich auffallend um eine humane Lösung des Nomadenproblems. Während noch vor kaum einem Jahrzehnt fast jedes Dorf und jedes Städtchen sich Schilder mit der Aufschrift "Stationnement interdit aux nomades" leistete, heißt es heute meist lediglich "Stationnement réglementé", und das gilt dann für ALLE Besitzer von Zelten und Campingwagen, die ausschließlich auf den dafür vorgesehenen Campings verweilen dürfen.

Fortschrittliche französische Gemeinden, etwa Pontarlier, gehen neuerdings noch weiter und stellen den Fahrenden eigene Lagerplätze zur Verfügung, mit ordentlichen Sanitäreinrichtungen, festen Stellplätzen, gegen Bezahlung und unter Aufsicht städtischer Angestellter.

Die Ideallösung ist auch das nicht. Die Ausgrenzung bleibt ein Ghetto. Perfektion ist nun einmal nicht von dieser Welt. Anerkannt werden müssen jedoch hier und dort ernsthafte Bestrebungen, auch diejenigen Minderheiten, die am Rande unserer seßhaften Gesellschaft oder ganz und gar außerhalb von ihr ein meist bescheidenes Dasein fristen möchten, in ihren

Freiheitserwartungen eher zu dulden oder gar zu fördern, als einzuschränken.

Anzuerkennen ist die grundsätzliche Bereitschaft, diesen nomadisierenden Minderheiten eine minimale Existenzberechtigung zu gewähren, obwohl sie nicht unmittelbar zur nationalen Gemeinschaft der einzelnen Länder oder zu deren Gastarbeitern und Immigranten gerechnet werden können. Gelöst aber kann die Nomadenfrage erst dann werden, wenn den Fahrenden im Rahmen der europäischen Bürger-Charta ein für alle Mitgliedstaaten, und - warum nicht? - innerhalb der "Charta von Paris" ein weltweit gültiger Nomaden-Paß gewährt wird, den selbst die gnadenlosesten, zigeunerfeindlichsten Regime und Länder anerkennen müßten, zu denen man leider wieder das neue Deutschland und auch Luxemburg zählen muß.

Faschistoide Tendenzen

Solche Länder nämlich, die auf ihrem geheiligten Vaterlandsboden aus leicht ersichtlichen, faschistoiden Gründen den Roma und Sinti jegliches Existenzrecht verweigern, genießen sich heute nicht mehr, Tausende von Nomaden ohne Rücksicht auf deren faktischen Flüchtlingsstatus, ohne Rücksicht auf den Vorwurf des Rassismus vor die Grenzschranken abzuschieben.

Besonders empörend trifft eine so flagrant menschenrechtswidrige Politik den entsetzten Beobachter, wenn sie von Deutschland praktiziert wird, dem Lande, das sich vor nicht allzulanger Zeit berufen fühlte, Zigeuner wie Juden, nur ihrer Rasse wegen, massenweise zu versklaven, zu foltern, zu vergasen und im Rauch der Krematorien gegen Himmel zu befördern.

Wenn derartige Rückfälle ungeniert in amtlichen Entscheidungen angeblich demokratischer und menschenrechtsachtender deutscher Länder geschehen, als ob die schändliche Vergangenheit nicht nur restlos bewältigt, sondern ganz und gar vergessen wäre, dann müßten alle andern Länder Europas lauthals Alarm schlagen, und nicht zuletzt auch die inneren Gewissensstimmen Deutschlands, so es dieses Gewissen noch gibt.

"Wehret den Anfängen!" pflegte Roby Krieps zu warnen, hierzulande wie im Europaparlament. Doch weder der "Einheitskanzler" höchstpersönlich legte sich gegen die rassistische Diskriminierung der Zigeuner in deutschen Landen quer, noch protestierte einer seiner hohen Kollegen, die vor einigen Wochen die "Charta von Paris" mitsamt dem famosen Satz unterzeichneten: "*Nous affirmons que, sans discrimination, tout individu a le droit à la liberté de circulation.*"

Wenn die Schande der deutschen Zigeunerverfolgung nicht aufhört, werden eines Tages die Historiker die gefeierten Unterzeichner dieser Charta als "Lügner von Paris" entlarven.

Verweigerung des Bleibe-Rechts

In mehreren Schüben von jedesmal tausenden Menschen wurden Roma und Sinti über die deutschen Grenzen außer Landes gesetzt. Vergeblich waren Gruppen von ihnen in den Kölner Dom geflüchtet, zum Zeichen des Protests. Vergeblich, denn die Deutsche GröÙe ging ja vor!

Niemand achtete darauf, daß in der CSFR rechtsradikale Skinheads, passiv unterstützt aus Kreisen der Bevölkerung, offen Jagd auf die aus Deutschland verjagten oder nicht in den Westen eingelassenen Sinti und Roma machten. Niemand schien es zu stören, daß im "befreiten" Osten die entfesselte Bestie in diesen herzlosen rechtsextremistischen Radikalinskis an Zigeunern Lynchjustiz für angebliche Diebstähle ausübte, daß sie die Zigeuner aus öffentlichen Verkehrsmitteln hinausprügelte.

Die Polizei, um ihr eigenes, neues, volksnahes Image besorgt, ließ die Schläger walten. Selbst Vaclav Havel gab zu verstehen, die empörten Proteste seien nur Agitation linksextremer Gegner seines neuen Regimes. Der allseits hochgeachtete Präsident ließ eine Schließung der CSFR-Grenzen für Zigeuner zu.

750 000 Roma leben seitdem allein in Rumänien und in der CSFR unter ausweglosem Terror. Die Grenzsperrung der Nachbarländer verhindert ihre Flucht. Und denen, die die heimliche Einwanderung in westliche Länder gelang, droht die Zurückweisung in die Verfolgung.

Noch kürzlich, vor der gesegneten Weihnachtszeit des Wiedervereinigungsjahres 1990, kam aus Nordrhein-Westfalen die Nachricht, es würden nochmals 1 400 Fahrende des Landes verwiesen. 7 000 Rumänienflüchtlinge, darunter viele Zigeuner und andere rassistisch Verfolgte, harrten vor Weihnachten in Österreich ihrer offiziellen Zulassung... oder Ausweisung. Mit "einem Fünkchen politischem Willen" wäre ihre Integration für das Alpenland ein Leichtes, hieß es in der Presse.

Aber dem Verbleib der Nomaden und sonstiger Fremder widersetzt sich der bourgeoise, rassistische, faschistoide Geist, der sich vom letzten Spießbürger bis hinauf in die Spitzen der Parteien und der Regierung eingefilzt hat. 7 000 fliegen aus Österreich raus,



Marie Marcks

1 400 weitere aus Deutschland, nach den von dort bereits seit Jahresfrist ausgewiesenen über 5 000.

Dies alles geschieht in sogenannt demokratischen, menschenrechtsbewußten, ja sogar christlichen Ländern, obschon sich unmißverständlich zumal kirchliche Autoritäten gegen diesen "zutiefst unchristlichen Gewaltakt" wandten. Die Abschiebung widerspräche klar den Grundsätzen der Menschenrechte, ließ der österreichische Caritas-Bischof Stecher verlauten.¹⁾

Aber offensichtlich sind die Zigeuner die allerletzten Prügelknaben und zählen zu den letzten Parias der westlichen Wohlstandsgesellschaft und der Profit-süchtigen, die jetzt auch im Osten schnell reich werden möchten.

Und das "christliche" Luxemburg?

Vor mehr als einem Jahr tauchte erstmals auch in Luxemburg die Kunde von der neuen Verfolgungswelle gegen Sinti und Roma auf. Unter dem Titel "Das Schengener Abkommen und die Realität" beklagte sich in einem öffentlichen Brief an die Presse das "Syndicat des Douaniers Luxembourgeois" über einen Befehl, den Justizminister Fischbach und die Zolldirektion an alle Grenzposten erliessen, es sei über Weihnachten 1989 eine verstärkte Grenzkontrolle zu leisten, um einer angesagten Einwanderung von Sinti und Roma in unser Land und nach Belgien zuvorzukommen. 3 500 von ihnen war das Bleibe-recht in Nordrhein-Westfalen verweigert worden.

Niemand protestierte dagegen, daß sie auch aus Luxemburg verbannt bleiben sollen. "Wohin mit den Zigeunern?" schrieben hilflos die Zollbeamten (u.a. im "Journal", am 10.1.1990).

In der Tat: Wohin mit ihnen, wenn die Sinti und Roma in Echternacherbrück aus Deutschland ausgewiesen werden, in Echternach aber von Luxemburg nicht eingelassen werden? Sollen die Zollbeamten sie dann über die Brückenrampe ins Wasser der Grenzflüsse stürzen und ertränken?

Zum Glück waren im Dezember 1989 die Zigeuner weise genug, nicht nach Luxemburg zu kommen. Sie verließen Deutschland, wenn auch unter Protest, und wandten sich anderen Ländern zu, die toleranter sind als die BRD und Luxemburg: "... *les personnes visées... ne se sont pas présentées à nos frontières...*", stellte der Justizminister erleichtert in einer Antwort auf eine parlamentarische Frage des GAP-Abgeordneten Bausch fest.

In derselben Antwort schrieb der Minister, es gebe in Luxemburg keinerlei gesetzliche Bestimmung gegen die Nomaden; das Gesetz vom 28. März 1972 regle alle Einreise- und Aufenthaltsbedingungen für Ausländer.

Was aber nützen Gesetze, was nützen selbst die antirassistisch lupenreinsten Gesetze, wenn ein Minister sich ohne weiteres eine Aktion wie die vor Weih-

nachten 1989 erlauben darf? Was nützen antirassistische Gesetzestexte, wenn diese oder andere Gesetze sich ohne weiteres vom Staate selber umgehen oder geadeswegs rassistisch mißbrauchen lassen?

Darum ging es doch dem Herrn Justizminister bei dieser Nacht-und-Nebel-Aktion: Wenn wir keine Gesetze haben, um die Zigeuner wegen ihrer Rasse und Volkszugehörigkeit draußen zu halten (und weil so puristische Idioten wie die Antirassisten dagegen sind!), dann pflücken wir uns dieses Nomadenpack eben an der Grenze aufgrund anderer Gesetze, weil sie mangels Personalausweis, Paß oder Visa "die Einreisebedingungen nicht erfüllen". So einfach ist das!

Die Order von Herrn Fischbach, akkurat vor Weihnachten 1989 unsere Grenzbewachung gezielt gegen die Einreise von Sinti und Roma zu verstärken, war nicht nur unchristlich, sie war ein auferlegt rassistischer Befehl, nach dem Motto: Für Zigeuner ist kein Platz in der Luxemburger Luxusherberge.

Sind Zigeuner Freiwild?

Wären in diesem Fall die Zigeuner Juden gewesen, so wäre Herr Fischbach einer eklatant antisemitischen Haltung glattweg überführt und würde wohl kaum noch wagen, einem Vertreter der jüdischen Gemeinde unseres Landes unter die Augen zu treten. Die Aechtung der Juden ist seit deren Nazi-Kalvarium, seit der Staatsgründung Israels und seit der ökumenischen Verbrüderung sogar für Luxemburgs konservativste Rechte unschicklich geworden.

Zigeuner aber sind in den Augen aller Konservativen offenbar noch immer vogelfrei, obwohl auch dieses Volk unter den Nazis Opfer eines Genozids war, wie die Juden. Aber die Zigeuner haben, im Gegensatz zu den Juden, in Luxemburg weder diplomatische Vertretung, noch religiöse Glaubensbrüder, noch andere Sympathisanten. Bei denen braucht man keine Rücksicht zu nehmen. Im Gegenteil, sie draußen zu halten, kann einem CSV-Minister bei der gängigen Mentalität der Luxemburger (und nicht allein bei recht(s)gläubigen Christen!), nur noch Stimmengewinne einbringen, muß Herr Fischbach sich gedacht haben.

Nun gibt es aber Luxemburger, die sich schämen, in einem Lande zu leben, in dem die kaum kaschierte rassistische Mentalität sich in staatlichen Aktionen äußert. Nicht-rassistische Gesetze genügen nicht; auch deren Durchführung darf nicht rassistisch sein. Wenn der Antirassismus offiziell und in allen Kreisen der Notabilität als notwendig erachtet wird (siehe LICRA-Gründung!), dann muß er vom legislativen Niveau auch in die Exekutive hineinreichen. Die administrative Praxis ist ausschlaggebend, nicht das abstrakte, gesetzliche Alibi.

Dem (laut "Luxemburger Wort" vom 27.11.1990) "zutiefst unchristlichen Gewaltakt" der kohlschen Bundesrepublik, die Sinti und Roma auszuweisen, wollte der christlich-soziale Luxemburger Justizminister Fischbach Schützenhilfe leisten. Gegen eine

Zigeuner aber sind in den Augen aller Konservativen offenbar noch immer vogelfrei, obwohl auch dieses Volk unter den Nazis Opfer eines Genozids war.

solche menschenrechtswidrige Absicht lehnen sich alle Antirassisten unseres Landes auf.

Außerdem muß doch nachdrücklichst gefragt werden, wieso gegen Zigeuner zum Sturm geblasen wird, wenn andererseits Hunderte aggressive Fußball-Hooligans trotz aller Grenzkontrollen ebenso unbelästigt in unser Land kommen und hier ihr Unwesen treiben dürfen, wie Wirtschaftskriminelle, Geldwäscher und andere Edelganoven, nicht zu reden von der völlig unverständlichen, frühzeitigen und reihenweisen Freilassung überführter Delinquenten (s. "t"-Leitartikel vom 27. November 1990).

Die LICRA nahm Stellung

In einer Pressemitteilung nahm die neugegründete Luxemburger Sektion der internationalen antirassistischen Vereinigung LICRA Stellung zum Nomaden-Problem. Sie "widersetzt sich mit allen Kräften der Unterdrückung und Diskriminierung, denen die Sinti und Roma in den meisten europäischen Ländern aufgrund jahrhundertealter Vorurteile oder manchmal auch diskriminatorischer Bestimmungen ausgesetzt sind".

Eine Unterredung zwischen der LICRA und dem Justizminister brachte zutage, was auch die parlamentarische Anfrage Bauschs ergab: es gibt keine gesetzliche Bestimmung, aufgrund derer Zigeunern die Einreise oder der Aufenthalt in unserm Lande verweigert werden könnte. So weit, so gut!

Mit keinem Wort aber scheint die LICRA den Herrn Justizminister über die menschenrechtliche Rechtfertigung seiner gezielt gegen Sinti und Roma gerichteten Grenzschutz-Aktion vom Dezember 1989 befragt zu haben. Auch dem Umstand, daß Luxemburg, im Gegensatz zu andern Ländern Europas, sehr verdächtig "zigeunerfrei" ist, wofür es doch Gründe geben muß, auch diesem Faktum trug die LICRA in ihrem Gespräch mit dem Minister, ihrer Pressemitteilung zufolge, keinerlei Rechnung.

Fragt denn niemand mehr danach, wie unser Land auf unblutigem, aber dennoch rassistischem Wege genau das fertigbrachte, was Hitler für das Dritte Reich beabsichtigte und auch in seiner Endlösung zu vollbringen suchte: das Land "zigeunerfrei" zu machen?

Lesetip

Jan Yoors, Das wunderbare Volk. Meine Jahre mit den Zigeunern, dtv/Klett-Cotta 11099, 14,80 DM

Aus der außerordentlich vielfältigen Literatur über die Zigeuner sei dieses Taschenbuch herausgegriffen, das in kurzer Form wesentliche Angaben über das Sachgebiet enthält und in der erstaunlichen Jugendgeschichte des belgischen Autors beweist, daß der zehn Jahre dauernde Umgang eines "Gaje" (= Nichtzigeuners) mit herumziehenden Roma - nicht nur durch die langen Schulferien! - ein faszinierendes und keineswegs schädigendes Erlebnis sein kann.



Natürlich geht es in dieser "Zigeuner-Kampagne" nicht etwa darum, massenweise fahrendes Volk auf unser enges Territorium zu locken, sondern darum, denen unter ihnen, die hier einreisen und sich vorübergehend aufhalten wollen, eine Daseinsberechtigung einzuräumen nicht nur im Rahmen der für alle Einwohner und Besucher gültigen Gesetze, sondern auch in der fremdenpolizeilichen Praxis, so wie andere Länder das auch tun. Es geht darum, die Ehre unseres Landes im Hinblick auf die Flüchtlingsschwelle aus dem Osten Europas nicht besudeln zu lassen, wie das in den 30er Jahren durch die Zurückweisung flüchtender Juden in den nazistischen Terror geschah.

Vor allem geht es darum, die Zigeuner als gleichwertige Menschen und deren in vielen Hinsichten äußerst bemerkenswerte Kultur als ebenbürtige Zivilisationsform anzuerkennen, obschon diese von der unsern stark abweicht.

Bis alle diese Fragen beantwortet und die unserer landläufigen und amtlichen Haltung zugrundeliegende, offen oder kaschiert rassistische Mentalität bereinigt ist, kann die LICRA-Aktion nicht befriedigen. Sie darf nicht zum bloßen Alibi einer menschenrechtswidrigen Haltung werden, wenn sie ihre Glaubwürdigkeit überzeugend beweisen will.

Und unsere Medien?

Zur Diskussion stand und steht im Zusammenhang mit dem "Nomadenproblem" auch die Haltung der Medien, insbesondere der Tagespresse, die dereinst durch Lokalnachrichten im Stile von "Des Landes

verwiesene Zigeuner" unterschwellig viel rassistisches Gedankengut unter der Einwohnerschaft verbreitete.

Im Juli 1990, anschließend an die LICRA-Gründung, initiierte das "Journal" mutig diese wenig populäre Kampagne für mehr Toleranz gegenüber Sinti und Roma und hielt sie bislang durch. Das "forum" reagierte zunächst kurz in der "Peffermillen", dann mit einer Glosse von Guy Rewenig und schließlich durch die für den Unterzeichneten ehrenvolle Bitte um den vorliegenden Beitrag.

Außer dem obligaten Abdruck der erwähnten LICRA-Stellungnahme und der ministerialen Antwort auf die Bausch-Initiative scheint der übrige Medienwiderhall verschwindend gering zu sein. Im "Wort" erscheinen zwar laufend Berichte über die neue Hetzjagd gegen Sinti und Roma, manchmal auch Proteste ausländischer Kirchenmänner, jedoch bisher keine klare, eigene Stellungnahme zu den hiesigen, unrühmlichen Geschehnissen. Statt dessen ging vorerst die heimliche Hetze gegen Zigeuner weiter.

Am 11. August letzten Jahres war im LW ein Artikel ausgemacht worden, dessen Schreiber sich über "verdächtige Zigeuner" ausließ und deren "verstärktes Auftreten" mit einer Häufung von Einbrüchen und Diebstählen in Zusammenhang brachte. Noch am 6. Dezember 1990 erschien im "Wort" kommentarlos ein dpa-Artikel "Kein Bleiberecht für Sinti und Roma", der durchaus als eine Vorwegnahme scheinbar begründeter Diskriminierung und Abweisung der Zigeuner verstanden werden konnte.

Diese verkappte Art von Rassismus könne (so war die größte Zeitung des Landes, die zudem dem Bistum gehört, gerügt worden), durch die häufige Infusion diskriminierenden Gedankenguts in kleinen Dosen in die fragile Struktur der Leser eines Tages, als Akkumulationseffekt, zu großen rassistischen Ausschreitungen führen.

Zu befürchten war in der Tat, daß die konservative und meistverbreitete Zeitung unseres Landes weiterhin in die alte Kerbe der unterschweligen Schürung von Rassismus und Fremdenhaß hauen könnte.

Am 10. Dezember nahm der Leitartikler des "Wort" (er selber prominentes LICRA-Mitglied) weitgehend nuanciert Stellung zu diesen Befürchtungen, im Zusammenhang mit dem schwerwiegenden Phänomen der in Richtung Westen angelaufenen Flüchtlingswelle aus Europas Ostländern -- und beiläufig auch zum Problem der verfolgten Zigeuner.

Im lz-Artikel blieb erfreulicherweise die am 7. Dezember im "Journal" befürchtete "Beweisführung der glatten Unmöglichkeit, einem Land wie dem unsern sowas wie Zigeuner zuzumuten", aus.

Mit Genugtuung las man vielmehr die doppelte Warnung, "zum einen vor der gefährlichen ordnungspolitischen Auffassung, unsere Gesetze reichten aus, um die Einwanderungswelle auch in humaner Sicht zufriedenstellend aufzufangen (oder abzuwehren?), zum andern vor der selbstgerechten

Feststellung, Menschenrechte seien schon erfüllt, wenn die Rechte im gesetzlichen Sinne buchstabengetreu appliziert werden".

So verklausuliert diese Sätze auch klingen, sie engen doch, abgesehen vom persönlichen LICRA-Engagement ihres LW-Autors, die Tendenz zum Rückfall in die Fehler der Vergangenheit unserer konservativsten Presse weiter ein. Das ist zu begrüßen.

Es wäre allerdings von Vorteil gewesen, wenn lz wenigstens andeutungsweise hinzugefügt hätte, was denn zur Ergänzung der unzureichenden Gesetze zu tun sei. Was das Nomadenproblem anbelangt, wäre es nach meinem Dafürhalten für Luxemburg jedenfalls eine Schande, das 21. Jahrhundert als eines der wenigen Länder der Welt zu beginnen, die nach hitlerschem Modell, wenn auch nicht nach dessen abscheulichen Methoden, aber immerhin mit gezieltem, staatlichem Eingriff "zigeunerfrei" gehalten werden.

Fazit: wachsam und einsatzbereit bleiben!

Die Nomaden-Problematik ist selbstredend nur ein Teilaspekt der Gesamtlage der Unterprivilegierten und der Forderung nach weltweiter Solidarität der Menschheit. Sie soll keineswegs die unter uns selbst noch grassierende Diskriminierung anderer Minderheiten überdecken. Sie ist desweiteren nur ein Teilaspekt der gewaltigen Lawine von ostwestlicher Völkerwanderung, die auf uns zukommt.²⁾

Doch wir sind von der riesigen Gesamtaufgabe der Weltsolidarität, auch gegenüber Sinti und Roma, ausweglos gefordert, jeder von uns, bis zur letzten Faser unseres Wesens, materiell und moralisch. Die Schwierigkeiten sind enorm.

So gewaltig ist die Aufgabe, so viele Opfer verlangt sie, daß es fast schon verständlich dünkt, wenn mancher noch immer "kalte Krieger" einen heißen Krieg vorgezogen hätte.

Der Preis aber ist den Einsatz wert: aus dieser ungeheuren sozialen und gesellschaftspolitischen Herausforderung wird dereinst, wenn die Emanzipierung aller Minderbevorteilten in einer gewaltlosen und verständigungsbereiten Entwicklung verkräftet wird, der gleichberechtigte, mündige, wenn auch immer noch andersartige und mehrbelastete Bürger schlechthin hervorgehen.

Und die harte Konfrontation mit den Auswanderern aus dem Osten wird nach deren Integration aus uns allen den "Europäer" der Zukunft hervorbringen, in einem Europa, in dem auch Platz für Nomaden ausgespart werden muß.

Bis dahin sollte jeder verantwortungsbewußte Zeitgenosse, vor allem die Jugend, gerade jetzt gegen Rassismus und Fremdenhaß einsatzbereit bleiben. Antirassist kann man nicht nur zu 50% oder zu 75% sein. Man ist es total ... oder gar nicht.

Antirassist kann man nicht nur zu 50% oder zu 75% sein. Man ist es total ... oder gar nicht.

Deshalb dürfen wir nicht eher ruhen, bis auch die letzten Parias der Wohlstandsgesellschaft über die ihnen zustehende Sicherheit, über die ihnen vorenthaltenen Freiheiten und über die elementare Menschenwürde verfügen: die Fremden unter uns, die Behinderten, die Stomer, die Süchtigen, die Opfer der marktwirtschaftlich verursachten Wohnungsnot, die Wohlstandsverwehrlosten, die Flüchtlinge, die in Gewissensnot gedrängten weltanschaulich Andersdenkenden, die Verwaisten und Vereinsamten, die Vergewaltigten, die Prostituierten, die Homosexuellen, die AIDS-Infizierten, die Opfer der Super-

Medizin, die Sterbenden, die Aermsten der Dritten und der Vierten Welt, die Strafgefangenen und, ja ... selbst die Zigeuner.

Rosch Krieps, Dezember 1990

¹⁾ Alle in diesem Beitrag angegebenden Fakten beziehen sich auf Meldungen des "Luxemburger Wort", das sie wiederum von kna oder dpa bezog.

²⁾ Sie soll auch nicht ablenken von der imminenten Zumutung der Militaristen, für Erdöl und Geld einen multiplen Menschenmord am Persischen Golf zu veranstalten. Das Unrecht am kuwaitischen Volk ist anders lösbar. Der Ausgang der Geiselnahme ist der Beweis.



Carlo Schneider, 2. Lëtzig. Cartoon-Concours

Während die Luxemburger Regierung in ihren Sonntagsreden nicht müde wird, ihren ungebrochenen Willen zu bekunden, keine Harmonisierung der Verbrauchersteuern, vornehmlich der Mehrwertsteuer, bei der Einführung des gemeinsamen Binnenmarkts hinzunehmen, unterschrieb sie im Schengener Abkommen auch den Artikel 26, in dem heißt: "Le Parties examineront de quelle façon les impôts indirects (TVA et droits d'accise) peuvent être harmonisés dans le cadre des Communautés européennes. A cette fin elles soutiendront les initiatives entreprises par les Communautés européennes." Nicht mehr das Ob, sondern allein das Wie der Harmonisierung steht noch zur Diskussion!